

# Mit IBA-Bewerbung die Kommunalpolitik überholt

Ein Eigentümer einer Fläche des Gebietes Kleinglattbach Süd II hat ein Projekt bei der Internationalen Bauausstellung 2027 eingereicht

Die Projekteinreichung aus Kleinglattbach bei der Internationalen Bauausstellung lässt einen die Ohren spitzen. Mindestens überrascht zeigte sich Vaihingens Oberbürgermeister Gerd Maisch von dem Umstand, dass die Stadt vom Eigentümer über das Vorhaben nicht informiert wurde. Denn ohne Gemeinderat und Baurecht könne die bislang vage Idee vom experimentellen Wohnbau nicht realisiert werden.

VON SABINE RÜCKER

**VAIHINGEN.** Wenn Kleinglattbach im gleichen Atemzug mit der Internationalen Bauausstellung (siehe Infokasten) genannt wird, lässt das aufhorchen. Wie der VKZ am Mittwoch zu entnehmen war, sind die ersten 28 Projekte in Stuttgart und der Region ausgewählt worden. Der Wohnbauschwerpunkt Kleinglattbach in Vaihingen sei als „an einen Standort gebundenes Bau- und Entwicklungsprojekt für das IBA-Netz außerhalb Stuttgarts“ ausgesucht worden. „Der Eigentümer hat Kleinglattbach Süd II bei uns als Projekt eingereicht“, bestätigt Tobias Schiller, Pressesprecher der Internationalen Bauausstellung 2027 Stadt-Region Stuttgart.

Dieses Projekt, bei dem sich laut Schiller 13 Hektar bebaubarer Fläche im Besitz des Eigentümers befinden, soll in das IBA-Netz aufgenommen werden, so der Pressesprecher. Das Projekt sei noch relativ offen als Idee. Dem Projektträger, also dem Eigentümer, schwebt vor, ein „Quartier mit Raum für Experimente im Bereich Wohnungsbau“ entstehen zu lassen. Bis jetzt gebe es hierzu noch keine Planungen. Man werde gemeinsam mit dem Projektträger in eine Weiterentwicklung der Ideen gehen, um auszuloten, was dort wirklich entstehen kann, sagt Pressesprecher Schiller. Das werde in enger Kooperation der der Stadt Vaihingen geschehen.

## „Nur der Gemeinderat kann einen Bebauungsplan verabschieden“

Oberbürgermeister Gerd Maisch

„Ich hätte erwartet, dass der Grundstückseigentümer die Stadt auch informiert“, sagt Oberbürgermeister Gerd Maisch. Ihm sei der Vorschlag aus Kleinglattbach am Dienstag in Stuttgart von IBA-Intendant Andreas Hofer vorgestellt worden. „Es gibt keinen Bebauungsplan, es gibt kein Baurecht, nur der Gemeinderat kann einen Bebauungsplan verabschieden“, führt der OB weiter aus.

Die Motive für die Projekteinreichung könne er nicht, sagt der Vaihinger Verwal-



Blick über einen Teil des Gebietes von Kleinglattbach Süd II von Osten aus gesehen mit Blickrichtung Bahnhof Vaihingen.

Foto: Rücker

tungschef. „Natürlich ist klar, dass seine Flächen dann schneller zu Bauland werden würden, als es bisher in der Planung vom Gemeinderat der Fall ist“, so Maisch weiter. Kleinglattbach Süd II wäre in puncto Baugebiete derzeit nach kommunalpolitischer Reihenfolge noch nicht dran.

Vor fast genau elf Jahren hatte die VKZ zwar schon von vier Entwürfen für Kleinglattbach-Süd II berichtet. Bei den Konzepten wurde ein Teil der Fläche überplant, die sich grob gesagt zwischen der jetzigen südlichen Bebauung, der Verbindungsstraße nach Vaihingen (Kreisstraße 1696) und den Bahngleisen befindet. Nach Abschluss der Fortschreibung des Flächennutzungsplans im Jahr 2012 habe der Gemeinderat jedoch beschlossen, den Stadtteilen den Vorrang zu geben, die bei der Ausweisung von Baugebieten schon lange nicht mehr zum Zug gekommen seien.

So wurde zunächst Roßweg mit dem Weinring VII und Ensingen mit der Illinger Höhe in Angriff genommen. Dann folgte mit Wolfsberg III die Süderweiterung Vaih-

gens. Dort würden aktuelle Gespräche mit den rund 100 Grundstückseigentümern geführt. Es hätten noch nicht alle gesagt, dass sie mitmachen, berichtet der OB. Erst dann wäre Kleinglattbach Süd II mit seinen rund 20 Hektar Fläche bei der kommunalpolitischen Zielsetzung an der Reihe.

## Um bei der IBA 27 in Kleinglattbach Gebäude zeigen zu können, müsste jetzt losgelegt werden

Sollte jedoch die Sache mit dem IBA-Projekt in Angriff genommen werden, „müsste man das jetzt sofort pushen“, erklärt der OB. Nur so könne davon ausgegangen werden, dass 2027 auch Gebäude gezeigt werden können.

Man müsse jetzt loslegen, um ein derart großes Gebiet zu überplanen, zu erschließen und zu bebauen. „Man muss das gesamte Kleinglattbach Süd II überplanen, da brauchen wir mit allen Grundstückseigentü-

mern eine Einigung“, stellt der OB in Aussicht. Es handelt sich dabei um rund 60 verschiedene Eigentümer.

Zur Zielsetzung des IBA-Netzes, in welches auch das Kleinglattbacher Projekt aufgenommen werden soll, findet IBA-Intendant Andreas Hofer in einer Pressemitteilung erklärende Worte: „Die Projekte des IBA-Netzes möchten wir im Dialog mit den Projektträgern und zusammen mit vielen Partnern weiterentwickeln, sodass sie ihre Potenziale für eine internationale Ausstellung voll ausschöpfen.“ Dazu organisiere die IBA-Gesellschaft beispielsweise den Austausch zwischen den Projekten und mit Fachleuten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie begleite Wettbewerbe und Beteiligungsprozesse, helfe beim Aushandeln rechtlicher Rahmenbedingungen und beim Beschaffen zusätzlicher Finanzmittel. Für die Zusammenarbeit zwischen IBA27 und den Projektträgern soll es individuelle Vereinbarungen geben, die in den kommenden Wochen ausgehandelt werden, so die Pressemitteilung weiter.

## Info

### Internationale Bauausstellung Stadt-Region Stuttgart 2027

Internationale Bauausstellungen (IBA) gibt es seit über 100 Jahren. Sie experimentieren im Bereich des Planens und Bauens und setzen Impulse, die über ihre Zeit hinausweisen. Während die ersten IBAs mit ihrer gebauten Architektur Neuland betreten, haben sich IBAs in ihrer räumlichen Dimension und gesellschaftlichen Bedeutung seither stark verändert: Sie sind heute Baukultur-Ausstellungen, die neben ästhetischen und technologischen Aspekten zunehmend komplexe soziale, wirtschaftliche und ökologische Fragen in ihre Arbeit einbeziehen. Die Region Stuttgart ist ein erfolgreicher Industrie- und Technologiestandort. Gleichzeitig steht sie vor tiefgreifenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Typische Begleiterscheinungen des Wachstums sind Flächenmangel, Mobilitätseingänge, Wohnungsnot und hohe Immobilienpreise. Hinzu kommen Herausforderungen durch den Klimawandel, Individualisierung und Alterung der Gesellschaft sowie teils rasante Umwälzungen durch neue Technologien und die Digitalisierung. Mit neuen Strategien für die Herausforderungen des Wachstums will die IBA 2027 Stadt-Region Stuttgart die Erneuerung der Region vorantreiben, so dass diese auch langfristig erfolgreich und lebenswert bleibt. Die IBA 2027 tritt an, ein internationales Schaufenster für Architektur und Ingenieurbaupraktik, Technologie und Baukultur zu werden. Mit der IBA 2027 will die Region Stuttgart zur Modellregion für industriell geprägte polyzentrische Wachstumsräume werden. Genau 100 Jahre nachdem die europäische Architekten-Avantgarde in der Weißenhofsiedlung am Stuttgarter Killesberg ihr damals radikales „Wohnprogramm“ für den modernen Großstadtmenschen“ vorstellte, soll die IBA 2027 ganz neue Antworten finden auf die Frage: Wie leben, wohnen, arbeiten wir im digitalen und globalen Zeitalter? Gesteuert wird die IBA von der IBA 2027 Stadt-Region Stuttgart GmbH. Gründungsgesellschafter sind die Landeshauptstadt Stuttgart, der Verband Region Stuttgart und die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH, die Architektenkammer Baden-Württemberg sowie die Universität Stuttgart. Die Gesellschafter übernehmen anteilig die laufende Finanzierung der GmbH. Quelle und weitere Informationen im Internet unter [www.open-iba.de](http://www.open-iba.de) und [www.iba2027.de](http://www.iba2027.de).

## Bei Parkplätzen keine zeitnahe Verbesserung

Klausurtagung des Ortschaftsrats Enzweihingen

**ENZWEIHINGEN (p).** Mitglieder des Ortschaftsrates Enzweihingen haben sich jüngst zu einem Klausurtag getroffen. Eingeladen waren auch die Kandidaten für die Ortschaftsratswahl im Mai. Ortsvorsteher Matthias Siehler informierte über anstehende Themen, die den Ort bewegen.

In offener Gesprächsrunde wurde über Themen wie der Stand des Planfeststellungsverfahrens der B10, den geplanten Kreisstraßenbau zwischen Enzweihingen und Eberdingen und das Flurbereinigerungsverfahren Beerhalde-Eck gesprochen. Diese laufenden Verfahren benötigen alle sehr lange Planungs- und Prüfungszeiten. Enttäuscht zeigten sich die Teilnehmenden darüber, dass beim Thema Parkplätze keine zeitnahe Verbesserung in Aussicht ist.

Der Ortschaftsratsrat hatte bereits 2017 eine eigene Parkplatzkonzeption entwickelt, die zu spürbaren Verbesserungen führen würde. Obwohl im Haushalt Mittel eingestellt sind, wird 2019 wohl nichts geschehen, heißt es in dem Bericht des Ortschaftsrates. Weiter wurde über die Situation in der Ortsmitte und über das Dorffest am 3. Oktober gesprochen. Wie bei früheren Klausuren auch, begann der Tag mit einer Führung

durch einen Enzweihinger Betrieb. Im Werk 33 wurde die Gruppe von Stephan Leverberg, einer der beiden Geschäftsführer, begrüßt. Leverberg berichtete von den spannenden Anfängen 2007 und wie sich diese Schreinerei mit modernsten digital gesteuerten Maschinen zu einem Produzenten von hochwertigen Möbeln und Innenraumausstattungen mit heute über 60 Mitarbeitern entwickelte. Begeistert berichtete er von besonderen Aufträgen im Messebau für internationale Autoausstellungen mit besonderen Geometrien und faszinierenden Oberflächen.

Auch Aufträge für Rennställe der Formel 1 gehören zu den besonderen Aufträgen. Trotzdem können und werden auch Privatkunden bedient, so Leverberg.

Die Kommunalpolitiker waren beeindruckt über diesen hochinnovativen Betrieb in den Hallen des ehemaligen „Blechele“.

Natürlich wurden auch die Auswirkungen der B10-Umfahrung, die einen Teil des Betriebsgeländes benötigt, angesprochen und vor Ort besichtigt. Mit einem gemeinsamen Essen in der Brückenwasenstube beim Sportplatz endete der Klausurtag.



Firmenbesuch bei der Klausurtagung des Enzweihinger Ortschaftsrats.

Foto: p

## Auf 20 Plätzen kann gebaut werden

**GROSSGLATTBACH (p).** Von den insgesamt 59 Bauplätzen im „Pforzheimer Weg“, dem neuen Wohngebiet des Mühlacker Stadtteils Großglattbach, kann bis jetzt mit behördlichem Segen auf 20 Plätzen gebaut werden. In der Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage des Vorsitzenden der CDU-Gemeinderatsfraktion, Günter Bächle, heißt es, es habe bisher je zehn Baugenehmigungen und Kennnisgabe-Verfahren gegeben. Seit Dezember 2017, dem Abschluss der Erschließungsarbeiten, können Häuser errichtet werden, erinnert die CDU in einer Pressemitteilung.

Zum Anlass seiner Anfrage schreibt Bächle, er sei in Großglattbach darauf angesprochen worden, Probleme mit dem Baurechtsamt bei Bauanträgen würden eine zügige Bebauung des Wohngebiets verhindern. Dazu schreibt die Stadtverwaltung, baurechtliche Fragen seien bisher aufgetreten wegen der Gebäudeausrichtung, der Anordnung von Garagen und Stellplätzen, Gebäudehöhen, Geländeänderungen über 1,5 Meter, der Einhaltung der Baugrenzen wegen der Berücksichtigung von Dachüberständen und der notwendigen Sicherung von Entwässerungseinrichtungen unterhalb der Rückstauebene (Straße). Wie in allen Baugebieten bereit regelmäßig die Einhaltung der Grundflächenzahl (GRZ) Schwierigkeiten – Garagen und Stellplätzen mit ihren Zufahren seien anzurechnen. Die Berechnung der GRZ, die den Flächenanteil eines Grundstücks bestimmt, der bebaut werden darf, sei dabei oft fehlerhaft. Fazit der Verwaltung: „Insgesamt weist das Baugebiet keine erhöhte Zahl baurechtlicher Fragestellungen auf.“

Die Bearbeitungszeiten der zehn erteilten Baugenehmigungen lagen zwischen bis zu zwei und bis zu vier Monaten, so die Stadtverwaltung. Von der Vollständigkeit der Unterlagen an habe es bis zum roten Punkt zwei bis fünf Monate gedauert, vom Eingang des Bauantrags in sieben Fällen von einem bis vier Monate, in zwei Fällen fünf Monate und in einem Fall sieben Monate. Zudem steht in der Antwort auf die Gemeinderatsanfrage, zwei Baugesuche hätten erst beschieden werden können, nachdem die Erschließungsanlagen hergestellt und damit die Erschließung im Sinne des Gesetzes gesichert war. Bei den zehn Kennnisgabe-Verfahren konnte laut Stadtverwaltung die Bauherrschafft nach Ablauf eines Monats mit dem Bau beginnen.

## Eine Erweiterung des Freibads als Thema

Aktionstag „Schule trifft Rathaus“ in Vaihingen

**VAIHINGEN (p).** Politische Tage veranstaltet die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zu unterschiedlichen Themen an verschiedenen Orten im Jahr. Kürzlich fand der Aktionstag „Schule trifft Rathaus“ im großen Sitzungssaal des Rathauses Vaihingen statt. Eingeladen waren Schüler der Stufen 8 und 9 der Schlossbergschule mit ihren Lernbegleitern Sarah Gscheidle und Simon Grohberg.

Isabelle Edler, Katrin Reutter und Tobias Rieger von der Landeszentrale für politische Bildung empfingen die Gäste mit einem Warm-Up zum Kennenlernen. Zügig näherte man sich dem Thema des Tages, der Kommunalpolitik. Besonders eifrig wurde über Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben einer Gemeinde diskutiert. Mit einer phantasievollen Gedankenreise entführten die Workshopleiter die Schüler in eine Traumstadt. Die Vorstellungen und Ideen hieraus wurden anschließend angeregt in Gruppen weiterentwickelt und dem Plenum vorgestellt. Die Schüler stimmten daraufhin über ihre Wichtigkeit ab. Nach einer

kurzen Pause gesellten sich Oberbürgermeister Gerd Maisch und Jugendgemeinderatsmitglied Vincent Weiss hinzu. Der Oberbürgermeister stellte sich in einer konstruktiven Diskussion den Wünschen der Schüler.

Zu den behandelten Themen gehörten Renovierung und Lage des Jugendhauses, eine Erweiterung des Freibades, ein neues Einkaufszentrum sowie neue Parkanlagen. Das Stadtoberhaupt setzte sich mit viel Verständnis mit den Belangen der Jugendlichen auseinander, heißt es in dem Bericht der Schlossbergschule. Vincent Weiss ergänzte die Runde durch Einblicke in die bisherige und zukünftige Arbeit des Jugendgemeinderats, der bereits seit 1995 besteht. Am Ende des Tages blieben den Schülern wertvolle Einblicke in die kommunalpolitische Arbeit der Gemeinde, des Oberbürgermeisters und des Gemeinderats Vaihingen sowie bei den 16-Jährigen die Motivation, sich an den anstehenden kommunalpolitischen oder sich sogar kommunalpolitisch stärker zu engagieren.



Schlossbergschüler im Vaihinger Rathaus.

Foto: p